

Franklin D. Roosevelt

Notmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung

Jetzt müssen Sie handeln, Kanzlerin Merkel!

Finanz-GAU in Sachsen ist Teil der globalen Kernschmelze Berlin muß Brandmauer für Realwirtschaft errichten!

von Helga Zepp-LaRouche, Bundesvorsitzende der BüSo

Wenn die Berliner Regierung nicht umgehend einen Schutzwall für die Realwirtschaft und die öffentlichen Banken errichtet, droht nicht nur dem Freistaat Sachsen eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe, sondern auch dem Rest von Deutschland. Denn das Debakel um die SachsenLB und ihre Tochtergesellschaften Ormond Quay und Georges Quay in Dublin ist Teil des Zusammenbruchs des globalen Finanzsystems, das gerade dabei ist, sich in einer Kettenreaktion aufzulösen.

Mit einer gefährlichen Mischung aus Selbstüberschätzung als Global Player, Gier und Naivität im Umgang mit Vertretern des britischen Finanzsystems wie der Barclay's Bank ist die sächsische Landesregierung ein gigantisches Risiko eingegangen, als Folge dessen sie am vergangenen Wochenende quasi in einer Nacht- und Nebel-Aktion die sächsische Verfassung für zwei Tage außer Kraft gesetzt und die Landesbank ohne Abstimmung mit dem Landtag an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) verkauft hat - vorläufig zumindest. Denn die Bücher der SachsenLB blieben in all der Hektik ungeprüft, und die LBBW kann ihre Neuerwerbung samt Milliarden-schulden zurückgeben, sollten sich neue Risiken auftun. Und das werden sie. Die Rücktritte von Finanzminister Metz und des gesamten Vorstands der SachsenLB werden nicht die letzten sein.

Die SachsenLB hatte sich über sogenannte Zweckgesellschaften in Irland, die gerade mal über 200 Millionen Euro Eigenkapital verfügten, im amerikanischen Hypothekenmarkt mit einem Volumen von mindestens 65 Milliarden Euro engagiert. Solange sich die Spekulationsblase in diesem Markt immer weiter aufblähte, schien alles gut zu gehen. Nachdem aber der sogenannte zweitranigige Hypothekenmarkt (mit variablen Zinsraten für Hypotheken an Kunden mit schlechter Bonität) Ende Juli anfang, einzubrechen, geriet auch die Refinan-

zierung der sogenannten ABC-Papiere in Schwierigkeiten.

Wegen ihrer kurzen Laufzeit müssen diese Papiere, die durch einen Pool von verschiedenen Vermögenswerten wie Konsumentenkredit, Forderungen oder Hypotheken gesichert sind, immer wieder erneuert werden, sie sind also auf einen liquiden Markt angewiesen.

nicht einmal das: sie existieren nur elektronisch in Computern.

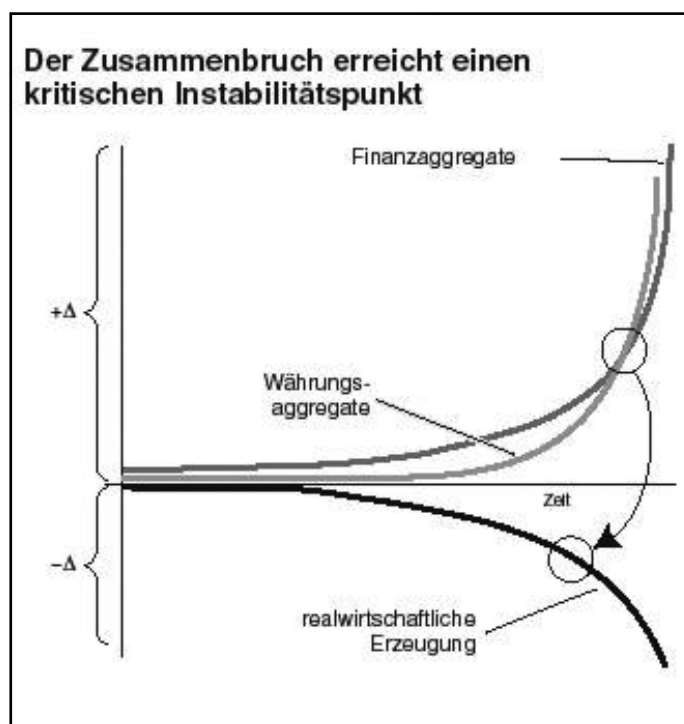
Als die britische Barclay's Bank selber nicht mehr in der Lage war, ihre kurzfristigen Obligationen zu bedienen, und bei der Bank von England - die kurz vorher noch erklärt hatte, sie werde sich an keiner Rettungsaktion beteiligen - 3,2 Milliarden Dollar aufnehmen mußte, begann sie, Druck auf die SachsenLB auszuüben, Kapital in ihren Fonds nachzuschießen. Da hatte die SachsenLB plötzlich einen Liquiditätsengpaß von 1,5 bis zwei Milliarden Euro. Der Chef der Bafin, Sanio, setzte der SachsenLB ein Ultimatum, bis Sonntagabend die Krise zu lösen - oder sie werde am Montagmorgen dicht gemacht.

FINANZKRISE WIRD ZUR VERFASSUNGSKRISE

Laut sächsischer Verfassung muß der Landtag bei Entscheidungen über die Landesbank beteiligt sein. Anstatt dieser verfassungsmäßigen Pflicht nachzukommen, setzte Ministerpräsident Georg

Milbradt kurzerhand die Verfassung für zwei Tage außer Kraft (!), mit dem Hinweis auf die Landeshaushaltsordnung, die „aus zwingenden Gründen“ Ausnahmen von der Zustimmungspflicht zuläßt. Am Freitag debattierte dann der Landtag im Nachhinein, und Finanzminister Metz erklärte seinen Rücktritt.

Daß Ministerpräsident Milbradt, ein ideologisch hartgesottener Verfechter der ungezügelt freien Marktwirtschaft, so skrupellos bereit ist, die Verfassung außer Kraft zu setzen, um zu versuchen, seine eigene Inkompetenz



LaRouches berühmte Dreifach-Kurve veranschaulicht, warum das Finanzsystem zusammenbrechen muß.

Als Folge eines Prozesses der „Umkehrung der Hebelwirkung“, der einerseits als Folge des Kollapses des minderwertigen Hypothekenmarktes in den USA eingesetzt hat, und dem schon eine ganze Reihe von Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften zum Opfer gefallen sind, und andererseits des Endes des Yen-Carry-Trade ist aber gerade dieser ehemals liquide Markt seit einigen Wochen ausgetrocknet. Viele Banken sitzen nun auf faulen Krediten, die für fremdfinanzierte Übernahmen gegeben worden waren, und die nun wertloses Papier sind - oder

und sein verantwortungsloses Verhalten zu vertuschen, sollte die Alarmglocken zum Läuten bringen. Denn es wirft ein Schlaglicht auf die Frage, wie sicher die Demokratie in unserem Land eigentlich ist. In einem Bundesland, in dem die NPD bei den letzten Landtagswahlen auf fast zehn Prozent der Stimmen kam, ist ein solches demokratieverachtendes Verhalten der Regierung unverzeihlich.

Denn das Argument von Metz und Milbradt, die Marktkrise sei so nicht erkennbar gewesen, demonstriert lediglich eines: die haarsträubende Inkompetenz der nunmehr beiden ehemaligen Finanzminister, oder eigentlich drei, denn es war der ehemalige Finanzminister Thomas de Maiziere, heutiger Kanzleramtschef von Kanzlerin Merkel, der 2001 als damaliger Finanzminister dafür verantwortlich war, daß sich die SachsenLB von der Finanzierung des sächsischen Mittelstandes abwandte und sich auf die Spekulation in den internationalen Kapitalmärkten verlegte. Schon damals ließ sich die SachsenLB von der Barclay's Bank über den Tisch ziehen, und es ist um so beschämender, daß die dubiosen Finanzgeschäfte mit dieser britischen Bank weitergingen.

Doch jetzt ist die Kasino-Wirtschaft zu Ende. Der tatsächliche Bankrott der SachsenLB ist keine sächsische Angelegenheit, sondern Ausdruck und Bestandteil des systemischen Kollapses des Weltfinanzsystems. Die Verschachtelung der Risiken bedeutet, daß der Kollaps einer Institution unmittelbar und mittelbar den Kollaps zahlloser anderer Institutionen nach sich zieht: Das Klumpenrisiko der Verflechtung der Marktsegmente wird keinen Stein auf dem anderen lassen. Was jetzt bereits geschehen ist, gleicht etwa der Aktion, bei der eine Abrißbirne das unterste Stockwerk eines großen Gebäudekomplexes zum Einstürzen gebracht hat. Der implusionsartige Einsturz der oberen Stockwerke ist gewiß.

Was jetzt zum Tragen kommt, ist das Resultat einer mindestens vierzig Jahre andauernden Fehlentwicklung, eines Paradigmenwandels, bei dem sich das Wachstum der physischen Wirtschaftsgüter sukzessive negativ entwickelt hat, während es vor allem in den letzten zwanzig Jahren - seitdem Greenspan seine „kreativen Finanzinstrumente“ erfunden hat - zu einem hyperbolischen Wachstum der Finanztitel gekommen ist. Diese Entwicklung fand in den verschiedenen Ländern in verschiedenen Raten und Geschwindigkeiten statt, aber letztlich sind alle Länder mit konvertiblen Währungen in den Sog einer hyperinflationären Steigerung ihrer Finanzobligationen geraten.

Dabei wurden in immer wilderer Form physische Güter als Sicherheiten

für Finanzaggregate benutzt, immer mehr physische Kapazitäten geopfert, um kurzfristige Profitsteigerungen im monetären Bereich zu erzielen.

Jetzt ist das geschehen, was Lyndon LaRouche in seiner berühmten Dreifach-Kurve (siehe Abbildung) beschrieben hat: Die hyperbolische Kurve der monetären Expansion hat die hyperbolische Kurve der Finanzaggregate in einer Art von

lungen zu verabschieden, die die Realwirtschaft, die Banken als Diener der physischen Wirtschaft, die produktiven Arbeitsplätze und den Lebensstandard der Bevölkerung gegen Einbrüche im spekulativen Bereich der Kasinowirtschaft schützen. Es muß absolut verhindert werden, daß eine Zuspitzung der Vertrauenskrise in der Finanzwelt und bei den Banken dazu führt, daß eine nor-

Der Amtseid eines jeden Ministers: Artikel 56 Grundgesetz

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Schockwellenreaktion durchkreuzt.

In den nächsten Wochen werden die Einbrüche in den verschiedenen Märkten auf nichtlineare Weise zunehmen, neben Hedgefonds, Beteiligungsgesellschaften, „Conduits“, „Investitionsvehikeln“ etc. etc. werden auch die Banken selbst in die große Krise kommen. Wir werden den dramatischen Desintegrationsprozeß des Weltfinanzsystems erleben. Und solange die Regierungen versuchen, am Regime der ungezügelten freien Marktwirtschaft festzuhalten, wird sich das Ende mit Schrecken donnernd nähern.

WIR BRAUCHEN EINEN SCHUTZWALL FÜR DIE PHYSISCHE WIRTSCHAFT!

Auch wenn das vielleicht bisher überhaupt noch nicht in die Vorstellungswelt der Berliner Regierung eingedrungen ist, gibt es nur einen Ausweg, der eine Katastrophe von der Bevölkerung abhalten kann: Die Regierung muß einen Schutzwall, eine Brandmauer errichten, die den physischen Teil der Wirtschaft rettet. Ein Orientierungspunkt muß dabei die Vorlage für das „Gesetz zum Schutz der Eigenheimbesitzer und Banken 2007“ sein, das Lyndon LaRouche für die USA vorgeschlagen hat.

Auch wenn Finanzminister Steinbrück sich bisher hartnäckig geweigert hat, selbst auf internen Treffen der Finanzelite den systemischen Charakter der Krise zuzugeben, und Frau Merkel lieber die Schmelze des Nordpoleises als die Kernschmelze des Finanzsystems untersucht, so ist es jetzt an der Kanzlerin, zu handeln und gemäß ihres Amtseides nach Artikel 64 mit Bezug auf Artikel 56 des Grundgesetzes Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Die Bundesregierung und der Bundestag sind aufgerufen, Gesetze und Rege-

male Kreditvergabe für Produktion und Handel zum Erliegen kommt.

Der Chef der Bafin, Sanio, zog vor kurzem den Vergleich zur Bankenkrise von 1931, was insofern eine Untertreibung war, als das globale Finanzsystem sich heute in einer Systemkrise einer viel fundamentaleren Größenordnung befindet. Der Vergleich ist aber dennoch nützlich, denn er sollte das Augenmerk darauf lenken, was dieser Krise gefolgt ist: nämlich die Austeritätspolitik Hjalmar Schachts und der Nationalsozialismus.

Dabei gab es damals in Deutschland die Möglichkeit, einen Ausweg aus der Krise auf der gleichen Basis zu finden, auf der Franklin D. Roosevelt nach 1933 mit dem „New Deal“ die Depression für die USA überwunden hat. Diese Chance hätte in dem nach Dr. Wilhelm Lautenbach benannten Plan bestanden, den dieser im September 1931 vor einem geheimen Treffen der List-Gesellschaft unter der Teilnahme von führenden Industriellen, Bankiers und dem Chef der Reichsbank Dr. Luther vorgelegt hatte. Es war ein Vorschlag für staatliche Kreditschöpfung für produktive Vollbeschäftigung, vor allem in Infrastruktur und für andere Bereiche des Gemeinwohls, in die man auch investieren würde, wenn es der Wirtschaft gut ginge.

Wäre dieser Plan verwirklicht worden, wäre Vollbeschäftigung erreicht worden und zwei Jahre später hätten nicht mehr die sozialen Bedingungen existiert, die Hitlers Machtübernahme ermöglichten.

Wenn wir etwas aus der Geschichte gelernt haben, dann sollten wir diesmal den Weg von Roosevelt und Dr. Lautenbach gehen.

**Es liegt jetzt an Ihnen zu handeln,
Bundeskanzlerin Merkel!**

LaRouche fordert Gesetz zum Schutz von Eigenheimbesitzern und Banken

Das *Lyndon LaRouche Political Action Committee* mobilisiert den Kongreß nach seiner Rückkehr aus der Sommerpause dazu, das Gesetz zum Schutz von Eigenheimbesitzern und Banken von 2007 zu verabschieden. Dieses Gesetz wird von Lyndon LaRouche als das einzige Mittel vorgeschlagen, mit dem zu diesem späten Zeitpunkt noch Millionen von Zwangsvollstreckungen und Räumungen in diesem und im nächsten Jahr abgewendet werden können, und mit dem das jetzt dem Untergang geweihte, auf dem US-Dollar basierende, amerikanische und globale Finanzsystem einer umfassenden Reorganisation im Bankrotverfahren zugeführt werden kann.

Gouverneure und Gesetzgeber der Bundesstaaten überall in den USA werden dieses Bestreben enthusiastisch unterstützen. Einige führende Bankiers und Persönlichkeiten der demokratischen Partei bezeichneten LaRouches Vorschlag als „machbar“ und als „einzige Rettung“ für das amerikanische Volk.

Hier sind die wesentlichen Punkte des Gesetzes zum Schutz von Eigenheimbesitzern und Banken von 2007 (Homeowners and Bank Protection Act of 2007)

1. Der Kongreß muß eine Bundesbehörde einrichten,

- um die vom Bund und den Staaten zugelassenen Banken zu schützen,
- um alle existierenden Eigenheimhypotheken einzufrieren, egal wie viele Monate und Jahre auch nötig sein mögen, um ihre Marktwerte gerechten Preisen anzupassen, angemessene Zinsraten festzulegen, und

- um alle krebstartigen, spekulativen Schuldverschreibungen wie hypothekengesicherte Anleihen (mortgage-backed securities), Derivate und andere Formen von Schneeballsystemen, die das Bankensystem in den Konkurs trieben, abzuschreiben.

2. Während dieser Übergangsperiode sollen keine Zwangsvollstreckungen und Räumungen stattfinden, alle Familien sollen weiterhin in ihren Häusern wohnen dürfen. Monatliche Zahlungen sollen als effektives Äquivalent zu Mietzahlungen an bestimmte Banken getätigt werden, die diese dann als Sicherheit für normale Kreditvergabe nutzen können, wodurch das Bankensystem

rekapitalisiert würde. Endlich würden diese erschwinglichen monatlichen Zahlungen in neue Hypotheken einkalkuliert werden, so daß das Ende der Immobilienblase mit reduzierten, festen Hypothekenzinsen sowie eine angemessene Bewertung von Eigentum ersichtlich wird. Es ist davon auszugehen, daß diese Marktberreinigung einige Jahre andauern wird. In der Zwischenzeit sollen die Banken vom Staat geschützt werden, so daß sie ihre traditionellen Funktionen, wie Gemeinden zu bedienen und Investitionen in Industrien, Landwirtschaft, Infrastruktur u.ä. zu ermöglichen.

3. Die Gouverneure der Bundesstaaten sollen die administrative Verantwortung für die Umsetzung dieses Programmes, inkl. der Renteneinschätzung tragen. Die Bundesregierung soll die nötigen Kredite und Garantien geben, um die erfolgreiche Übergangsphase sicher zu meistern. Bis September/Okttober werden viele Millionen Amerikaner ihre Räumungsbescheide erhalten, und eine Lawine sozialer Erschütterungen in Gang setzen, wenn dies nicht durch eine rasche Umsetzung dieser Gesetzgebung durch den 110. Kongreß der Vereinigten Staaten als oberste Priorität im September verhindert wird. Das Einfrieren von Zwangsvollstreckungen wird der entscheidende erste Schritt zu einer gründlichen Reorganisation sein.

Gemäß diesem Plan wird auch das Federal Reserve System (die US-Notenbank) durch ein Bankrotverfahren reorganisiert werden und in eine 3. Nationalbank der Vereinigten Staaten umgewandelt werden. Wie Lyndon LaRouche



Lyndon LaRouche bei einer Ansprache in Berlin am 6. September 2006.

dies in seinem eben veröffentlichten Programm für die Demokratische Partei entwickelte, sollen diese Aktionen durch die Schaffung eines neuen Bretton-Woods-System von festen Wechselkursen und langfristigen Krediten für Megaentwicklungsprojekte, durch vertragliche Vereinbarung unter führenden Nationen, begleitet werden.

LaRouche sagte, der Räumungstsunami trete nicht als Resultat einer bloßen Hypothekenkrise auf, sondern als Symptom des Zusammenbruches des ganzen globalen Finanzsystems. Dieser Kollaps, verursacht durch Alan Greenspans hyperinflationäre Blase und das Schrumpfen der Einkommen der Bevölkerung, hat kein unteres Ende, wenn dem nicht durch Gesetzgebung Einhalt geboten wird.

Eine dringende Botschaft an die Bevölkerung

Der Wirtschaftswissenschaftler Lyndon LaRouche gab am 1. September die folgende Erklärung ab, um klarzustellen, was angesichts des bevorstehenden größten Finanzkrachs der modernen Geschichte unternommen werden muß. Die Audioaufnahme der Ansprache können und sollten Sie sich auf www.bueso.de anhören.

Hier spricht Lyndon LaRouche. Wir sind heute mit der größten Finanzkrise der Menschheitsgeschichte konfrontiert. Sie geht weit über die Erfahrungen mit dem ersten Weltkrieg und der Depression der 30er Jahre, hinaus - aber wir könnten damit umgehen.

Das Problem ist derzeit die Institution, die zum Schutze unserer Bevölkerung vor dieser furchtbaren Depression Führung hätte übernehmen müssen: der US-Präsident. Wir müssen jetzt durch andere Institutionen besondere Maßnahmen ergreifen, um das Volk zu schützen, bis wir die notwendigen Reformen umgesetzt haben, um aus dieser Sache herauszukommen.

Die USA könnten durch das, was jetzt über uns hereinbricht, zerstört werden - und sie davor zu bewahren, muß unser dringendstes Anliegen sein. Das ist der größte Finanzkollaps, ähnlich den Ereignissen Deutschlands 1923, den wir in unserer Geschichte kennen.

Aber man kann dieses Problem in den Griff bekommen. Dazu ist eine Mobilisierung des Kongresses nötig, damit man der Zerstörung der Wirtschaft und des Lebens unserer Bevölkerung das Äquivalent einer Brandmauer entgegenstellen kann. Das ist absolut machbar. Der Kongreß muß das noch im September schaffen.

Es gibt im Kongreß eine zunehmende Offenheit der Idee gegenüber, daß hier etwas getan werden muß.

Ich habe selbst einen Gesetzesentwurf verfaßt, der das ermöglichen kann. Ich habe eine prinzipielle Gesetzgebung für die US-Regierung vorgeschlagen, die sofort umgesetzt werden kann und daher auch noch im September durchkommen muß, denn der Oktober wird extrem gefährlich. Wir sollten über Anfang September hinaus nichts riskieren. Es muß im September in beiden Häusern des Kongresses zu Taten kommen. Mit genügender Unterstützung von Demokraten und Republikanern muß dort eine Gesetzgebung für den Notfall so auf den Weg gebracht werden, daß sie vor einem Veto des Präsidenten sicher ist.

Uns wird dann vielleicht im Oktober eine weit schlimmere Depression als 1929-1933 treffen, aber wenn wir unsere Banken schützen - selbst wenn sie bankrott sind - und wenn wir unsere Eigenheimbesitzer schützen, so daß sie nicht aus ihren Häusern geworfen werden, dann können wir schon im Oktober anfangen, den Schlamassel aufzuräumen und einen allgemeinen

Aufschwung in Gang bringen. Wir müssen mobilisieren, damit das geschieht.

Nun bringen viele Leute alle möglichen Reformen und Gesetzesvorschläge an: das meiste, was ich davon gesehen habe, ist absolut nutzloses Zeug, der dümmste Vorschlag kam vom US-Präsidenten selbst. Wir sprechen hier über Millionen von Zwangsräumungen, die jetzt anstehen!

Um das zu verstehen, muß man erkennen, daß es einen Kollaps gegeben hat - und die meisten von Ihnen hätten das sehen sollen, wenn Sie sich in ihren Städten und Gemeinden usw. umgesehen hätten. Unsere Industrie und Landwirtschaft sind zerstört worden. Wie beim Kollaps der Autoindustrie haben wir nicht nur die Fähigkeit verloren, Produkte herzustellen, sondern auch die Basis für einen anständigen Lebensstandard. Und das ist charakteristisch für die Entwicklung weltweit.

Das ist das Problem.

Wir können das wieder hinbiegen, aber dazu müssen wir uns zusammenreißen. Wir brauchen sofort eine Gesetzgebung für den Krisenfall, wie ich sie vorgelegt habe - und kein komisches Zeug, keine kleinen Reförmchen, keine Mätzchen. Sie muß noch im September in Kraft treten und als Notgesetzgebung mit der entsprechenden Priorität behandelt werden. Wir brauchen sie vetosicher aus beiden Häusern des Kongresses. Demokraten und Republikaner müssen ohne Unterschied mobilisiert werden. Hier geht es darum, die Nation zu retten. Und entsprechend muß an die Sache herangegangen werden. Es muß sein.

Und Sie spielen eine wesentliche Rolle hierbei. Sie müssen andere dazu organisieren, das zu verstehen. Vergessen Sie den anderen Quatsch. Kommen Sie nicht mit irgendeiner komplizierten Spielerei, einer Grundstücksreform oder dem Versuch, die Hypotheken neu zu justieren. Nichts mehr davon! Unter den gegebenen Umständen ist das völlige Idiotie.

Das einzige, was darüber hinaus zulässig ist, ist der Rauswurf des Vizepräsidenten. Wir können den Präsidenten und den Vizepräsidenten nicht gleichzeitig rauswerfen, und wir wollen nicht, daß Cheney Präsident wird. Daher muß Cheney rausfliegen. Das kann erreicht werden, wenn genügend Demokraten und Republikaner, besonders die im Kongreß, sich entschließen, es zu tun. Das geht! Also los! Schmeißen wir Cheney raus, und beginnen wir mit der Reform, wie ich sie vorgelegt habe.

Das bedeutet, daß niemand aus seinem Haus geworfen wird, sondern die Leute unter den Schutz der Bundesregierung kommen. Auch Banken oder öffentliche Banken der Länder oder des Bundes werden geschützt werden. Das bedeutet auch, daß keine Möglichkeit besteht, wertvolle Mittel zur Rettung irgendwelcher anderer irregulärer Finanzinstitutionen aufzuwenden. Die Hedgefonds müssen weg. Je rascher sie in den Konkurs geschickt und eliminiert werden können, um so besser werden wir dastehen.

Denn wir werden diese Wirtschaft wieder aufbauen müssen. Wir werden unsere Industrien wieder aufbauen. Wir werden unsere Landwirtschaft wiederherstellen, ebenso unsere Infrastruktur. Wir gewinnen unsere Würde zurück und nehmen unseren Platz als respektable Führung der Gemeinschaft der Nationen der Welt wieder ein.

Deshalb: keine krummen Dinger, keine Tricks, keine Spielchen. Wir konzentrieren uns wieder auf das Wesentliche. Denken wir wie Franklin Roosevelt! Handeln wir jetzt: Veranlassen wir den Kongreß dazu, diese Gesetzgebung durchzubringen, die eine Brandmauer zum Schutze jeder wichtigen Bank errichtet wird. Egal, welche finanziellen Probleme diese Banken haben, wir werden ihre Türen offen halten. Wir stellen sie unter den Schutz der Regierung.

Wir werden alle Eigenheimbesitzer schützen, denen die Zwangsräumung droht. Sie werden nicht aus ihren Häusern geworfen werden. Die Staaten werden der Bundesregierung helfen, das zu schaffen. Sie stellen fest, wer Schutz braucht, und stellen sicher, daß er ihn bekommt. Die Staaten werden aber auf Grundlage einer Bundesgesetzgebung handeln. So wird das gemacht.

Vergessen Sie die Spielereien: wir müssen die Nation retten. Wenn wir noch im September die entsprechende Gesetzgebung in Gang bringen können, dann können wir die USA vor der drohenden Zerstörung schützen. Tun wir das nicht, könnten wir in eine Situation kommen, von der aus es kein Zurück gibt.

Lassen Sie uns also Patrioten sein. Seien wir für einen Moment weder Republikaner, noch Demokraten, sondern Patrioten! Lassen Sie uns diese Nation retten! Lassen sie uns eine Schutzmauer errichten, um die schlimmste Depression zu verhindern, die es je gegeben haben wird.

Es sprach Lyndon LaRouche. Vielen Dank!

Der Finanzkrach ist da: Jetzt ein Neues Bretton Woods

von Helga Zepp-LaRouche, Bundesvorsitzende der BÜSo

Nach den vorangegangenen Aufrufen von 1997, 2000 und 2006, in denen inzwischen Tausende namhafter Persönlichkeiten aus aller Welt, darunter ehemalige Regierungschefs, Abgeordnete, Gewerkschafter, Unternehmer, Bürgerrechtler, Kirchenvertreter, Vertreter des Militärs u.v.a. eine Reorganisation des Weltfinanzsystems forderten, hat die Bundesvorsitzende der BÜSo und Vorsitzende des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, den folgenden neuen Aufruf verfaßt, der vom Schiller-Institut weltweit verbreitet wird. Er soll mit den Namen der Unterzeichner im Internet und verschiedenen Zeitungen veröffentlicht und dem amerikanischen Kongreß und den Parlamenten der Welt vorgelegt werden.

Der Systemkrach des Weltfinanzsystems ist in vollem Gang. Ausgelöst, aber nicht verursacht, durch den Kollaps des zweitrangigen Hypothekenmarktes in den USA und das Ende des inflationären Yen Carry Trade in Japan, ist das Kartenhaus der „kreativen Finanzinstrumente“, wie Alan Greenspan die verschiedenen Finanzderivate genannt hatte, dabei, einzustürzen. Während sich der Übernahmewahnsinn seitens der Hedgefonds und privaten Beteiligungsgesellschaften in den letzten Jahren und Monaten zu immer wilderen Raubzügen gesteigert hat, bleiben jetzt die Investmentbanken, die einen Großteil dieser Übernahmen finanziert hatten, auf diesen faulen Krediten sitzen. Weitere US-Hypothekenfinanzierer werden Insolvenz anmelden, weitere Banken werden in den Strudel der Kreditkrise hineingezogen werden. In den USA stehen noch fast zehn Billionen Dollar an Hypothekenkrediten aus, davon über ein Drittel mit schlechter Bonität. In Deutschland haben die Beispiele der IKB-Bank, der WestLB und der SachsenLB gezeigt, daß die Vorstände sich schwertun, das Ausmaß der Verluste zuzugeben.

Der Mythos, daß die Zentralbanken endlos viele Möglichkeiten hätten, um einen Krach immer wieder hinauszuzögern, platzt: sie befinden sich nun zwischen der Scylla der Inflationsbekämpfung durch höhere Zinsraten, was angesichts der deutlichen Inflation bei Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Erdöl dringend erforderlich wäre, aber dazu führt, daß Blasen wie der US-Hypothekenmarkt etc. um so schneller platzen, und der Charybdis der Kreditkrise, die durch den „reversed leverage“-Kollaps ausgelöst wurde. Wenn die Zentralbanken nun versuchen, eine Kettenreaktion durch Liquiditätsspritzen in dreistelliger Milliardenhöhe zu verhindern, wie es in der zweiten Augustwoche innerhalb von 24 Stunden geschah, bedeutet dies nur,

daß es zu einer Hyperinflation wie in Weimar-Deutschland 1923 kommt - nur diesmal nicht in einem Land, sondern im Weltmaßstab.

Es ist eine Zwickmühle, aus der es keinen Ausweg gibt: das System ist am Ende.

Es drohen katastrophale Konsequenzen für die Weltbevölkerung. Wenn die Staaten ihre Ausgaben nicht mehr finanzieren können, drohen die Gesellschaften im Chaos zu versinken. Das Modell der sogenannten Globalisierung ist heute genauso bankrott, wie es 1989-91 das kommunistische System gewesen ist. Alle Prinzipien, die mit der Globalisierung assoziiert sind, wie „outsourcing“, d.h. Verlagerung hochqualifizierter Arbeitsplätze in Billigproduktionsländer, das shareholder-value-Denken, Geld macht Geld, just in time-Produktion, benchmarking etc. werden ausrangiert. Der Zustand der zusammenbrechenden Infrastruktur in den G7-Staaten ist der beste Indikator für das Scheitern der ungezügelten freien Marktwirtschaft.

Um den unerträglichen Schaden, den ein unkontrollierter Kollaps des Weltfinanzsystems auszulösen droht, von der Bevölkerung fernzuhalten, fordern wir, die Unterzeichner, die sofortige Einberufung einer Notkonferenz, die eine neue globale Finanzarchitektur in der Tradition des von Franklin D. Roosevelts initiierten Bretton-Woods-System von 1944 beschließen muß.

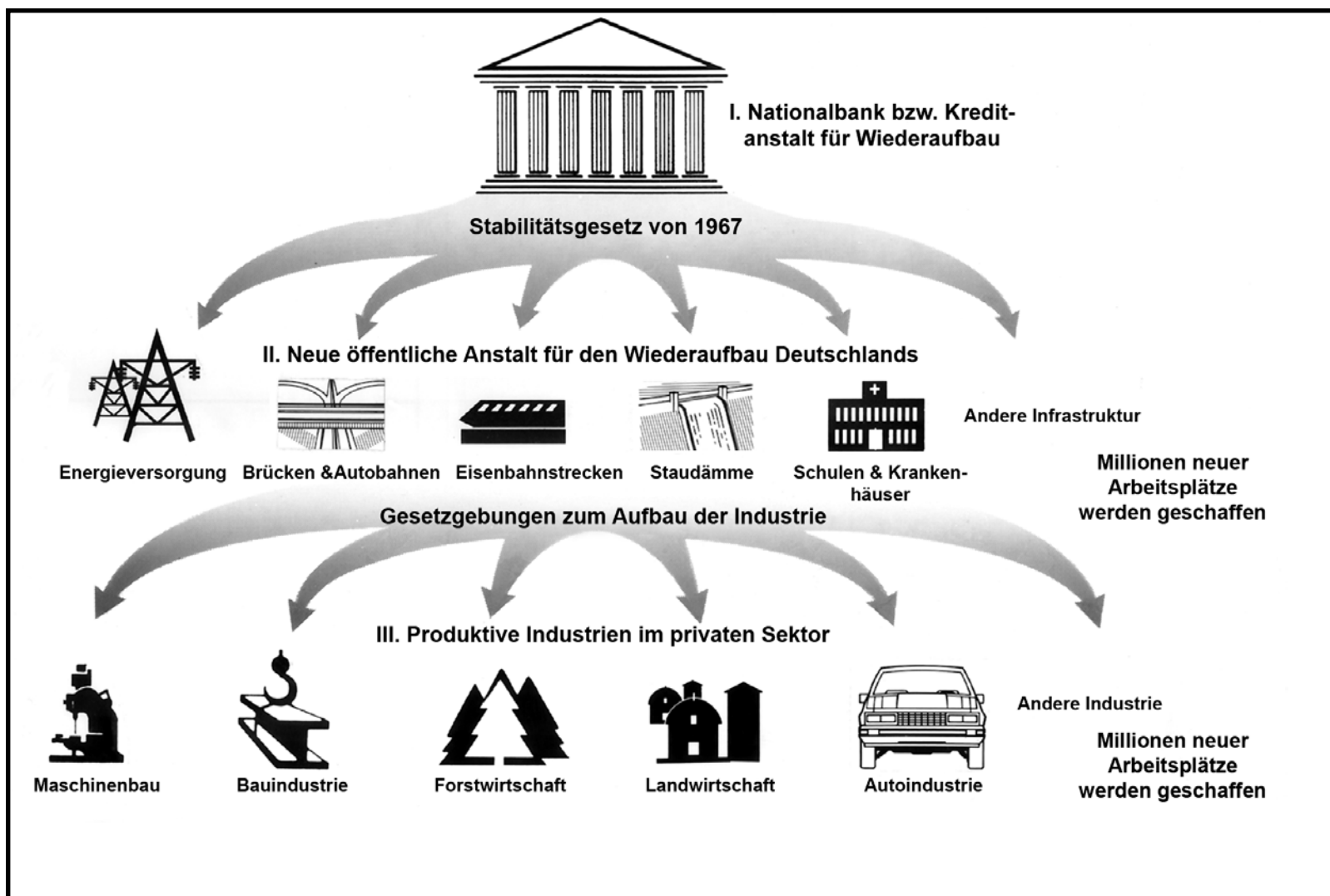
Wir, die Unterzeichner, weisen auch darauf hin, daß das italienische Parlament Lyndon LaRouches Vorschlag aufgegriffen und am 6. April 2005 in einer Entschließung die italienische Regierung aufgefordert hat, „eine internationale Konferenz auf der Ebene der Staatsoberhäupter einzuberufen, um ein neues und gerechteres Weltwährungs- und Finanzsystem verbindlich festzulegen“.

Die Notwendigkeit für eine solche grundlegende Reorganisation ist heu-

te dringender denn je, aber auch die Möglichkeiten für ihre Verwirklichung sind gewachsen. Und daran ist eine Ironie der Geschichte schuld. Denn als sich 1991 die Sowjetunion aufzulösen begann, beschlossen die Neokonservativen in der Regierung von Präsident George Bush sen., die amerikanische Republik gemäß des „Project for a New American Century“ in ein Imperium zu verwandeln. Diese Machtideologie erhob das Postulat, daß nie wieder eine Nation oder eine Gruppe von Nationen die Vormachtstellung der USA in politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Hinsicht bedrohen können sollte.

Nun haben aber gerade die Neokonservativen der Regierung Bush/Cheney mit ihrer Politik präventiver Kriege und Regimewechsel dafür gesorgt, daß der Prozeß der Kooperation der Nationen Eurasiens und Lateinamerikas, der normalerweise Jahrzehnte gedauert hätte, sich unter dem Eindruck der amerikanischen unilateralen Politik extrem beschleunigt hat. Eine ganze Reihe von Staatsoberhäuptern wichtiger Staaten hat deutlich gemacht, daß sie entschlossen sind, das Gemeinwohl ihrer Bevölkerung gegen die Übergriffe der mit der Globalisierung assoziierten Finanzinstitutionen zu verteidigen. Deshalb sind die Chancen, die Frage einer gerechten neuen Weltwirtschaftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen, enorm gestiegen. Viele Projekte, die die LaRouche-Bewegung seit Jahrzehnten mit dem Ausbau der Eurasischen Landbrücke als Kernstück einer Rekonstruktion der Weltwirtschaft fordert, stehen heute in vielen Staaten auf der Tagesordnung.

Es wäre aber eine gefährliche Illusion, zu meinen, daß eine erfolgreiche Reorganisation des bankrotten Weltfinanzsystems ohne oder gegen die USA erfolgen könnte. Deshalb sprechen sich die Unterzeichner für eine Zusammenarbeit mit dem wirklichen Amerika in der Tra-



■ **Schematische Darstellung der Initiativen zur Schaffung produktiver Vollbeschäftigung durch die Bundesregierung**

dition der Amerikanischen Revolution und der Unabhängigkeitserklärung aus, die mit Namen wie Alexander Hamilton, John Quincy Adams, Abraham Lincoln, Franklin D. Roosevelt und Martin Luther King verbunden sind, und die heute von Lyndon LaRouche inspiriert wird. Amerika muß Teil der neuen Prinzipiengemeinschaft souveräner Republiken sein, die durch ein gemeinsames Interesse der Menschheit verbunden sind.

Lyndon LaRouche hat in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, daß nur die Kombination eines veränderten Amerikas zusammen mit Rußland, China und Indien stark genug sei, um die Frage eines neuen Finanzsystems auf die Tagesordnung zu setzen.

Das bedeutet aber nicht, daß die anderen Nationen sich nicht als Partner diesen vier großen Nationen zuordnen können und sollen.

Um die Fehlentwicklungen zu korrigieren, die aufgrund des Wertewandels der vergangenen 40 Jahre und vor allem seit Abschaffung des Systems fester Wechselkurse durch US-Präsident Richard Nixon 1971 einsetzten und die nach der Auflösung der Sowjetunion mit

der ungezügelter Globalisierung zu dem derzeitigen brutalen Raubtierkapitalismus geführt haben, muß die sofort einzuberufende Notkonferenz für ein Neues Bretton Woods daher beschließen:

1. Das gegenwärtige Weltfinanzsystem muß für hoffnungslos bankrott erklärt und durch ein neues ersetzt werden.
2. Es müssen umgehend feste Wechselkurse vereinbart werden.
3. Derivatspekulation muß durch ein Abkommen zwischen Regierungen verboten werden.
4. Es muß eine umfassende Reorganisation bzw. Streichung der Schulden vorgenommen werden.
5. Es müssen neue Kreditlinien durch staatliche Kreditschöpfung in der Tradition Alexander Hamiltons, des amerikanischen Systems und FDRs New Deal zur Verfügung gestellt werden, die durch Investitionen in grundlegende Infrastruktur und technologische Erneuerung produktive Vollbeschäftigung ermöglichen.

6. Der Ausbau der Eurasischen Landbrücke als Kernstück des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft ist dabei die Vision, die nicht nur ein neues Wirtschaftswunder bringen wird, sondern auch eine Friedensordnung für das 21. Jahrhundert werden kann.

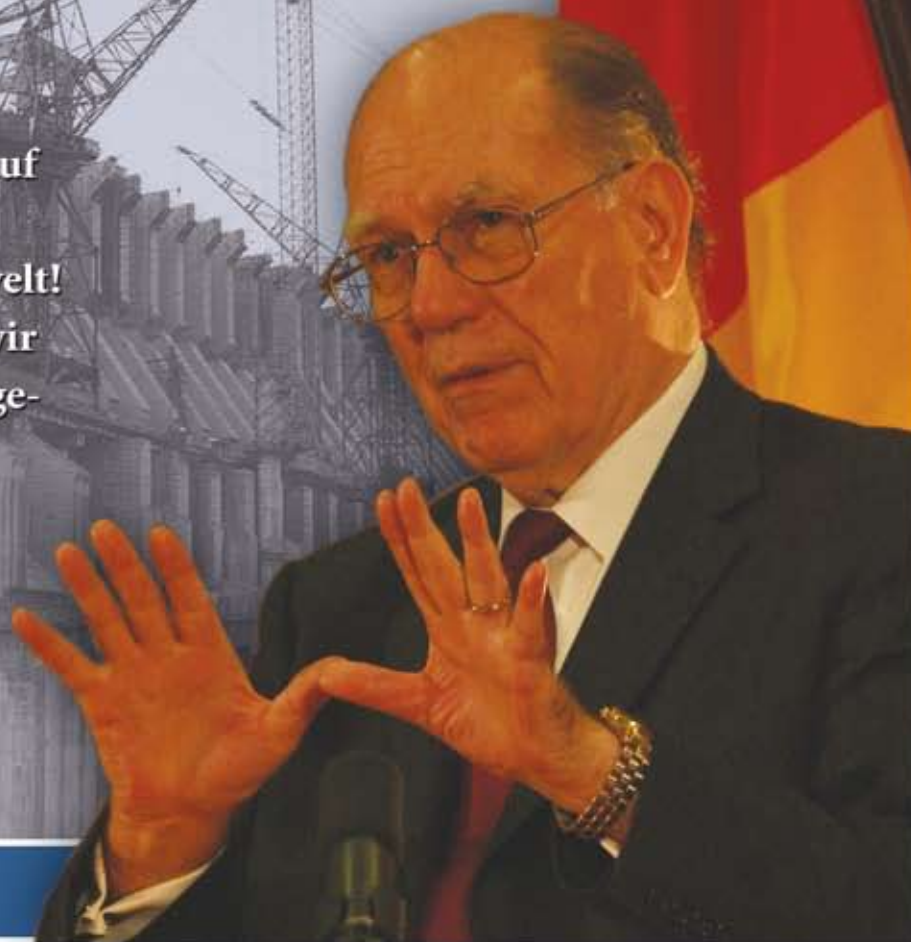
7. Ein neuer „Westfälischer Friedensvertrag“ muß auf mindestens 50 Jahre die Erschließung und Entwicklung von Rohstoffen für alle Nationen dieser Erde garantieren.

Wir, die Unterzeichner, sind der Auffassung, daß das System der „Globalisierung“ mit seinem brutalen Raubtierkapitalismus wirtschaftlich, finanziell und moralisch gescheitert ist. Statt dessen muß wieder der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden, und die Wirtschaft muß zu allererst dem Gemeinwohl dienen. Die neue Weltwirtschaftsordnung muß die unveräußerlichen Rechte aller Menschen auf diesem Planeten garantieren.

Die Zeit zu handeln ist jetzt!

„Wir konzentrieren uns wieder auf das Wesentliche. Denken wir wie Franklin Roosevelt! Handeln wir jetzt: Veranlassen wir den Kongreß dazu, diese Gesetzgebung durchzubringen, die eine Brandmauer zum Schutze jeder wichtigen Bank errichten wird.“

Lyndon H. LaRouche



Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten unserer Jugendbewegung!

Senden Sie diesen Coupon an: BüSo, Postfach 652106, 13316 Berlin

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ich möchte selbst in der Kampagne der BüSo aktiv werden: Schicken Sie mir aktuelle Flugblätter und / oder Exemplare dieser Broschüre zum Verteilen.
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung **Neue Solidarität** 4 Wochen kostenlos zum Kennenlernen.

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Email

Telefon

Datum, Unterschrift

Rufen Sie uns an

Bundesgeschäftsstelle:
06131-237384

Berlin
Hauptstadtbüro: 030-8023405
Jugendbüro: 030-46605971

LANDESVERBÄNDE:
NRW: 0175-54232222
Bayern: 089-7254011
Hamburg: 040-60578977
Baden-Württemberg: 0711-6773726
Niedersachsen: 01762097209
Sachsen: 0351-4278140
Rheinland-Pfalz: 06131-237384

www.bueso.de
info@bueso.de

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität